# Freibad: Letztes Wort ist noch nicht gespro

Fraktionen wollen in Ruhe über das vom Fachbüro vorgelegte Konzept beraten. Das Gutachten empfiehlt ein Aus der Einrichtung

Petra Keßler

**Voerde.** Die Empfehlung des Fachbüros zur Bäder-Zukunft in Voerde ist eindeutig: Freibad und Lehrschwimmbecken schließen und den Standort Hallenbad sanieren und durch die Schaffung neuer Angebote auch mit Abdeckung der Freibad-Funktion optimieren. So weit der Rat der Experten. Für die Politik ist das letzte Wort damit noch lange nicht gesprochen. Sie will das am Donnerstag vom Gutachter Christoph Keinemann vorgelegte Bäderkonzept, das auch andere Lösungen aufzeigt, davon jedoch abrät, eingehend diskutieren.

### Zweifel an Realisierbarkeit

Als großen Wurf hat gestern spontan keiner der Fraktionschefs von SPD, CDU, Grünen, Wählergemeinschaft (WGV) und FDP den Lösungsansatz in einer ersten Einschätzung bewertet. FDP-Fraktionschef Bernhard Benninghoff hält davon ganz viel nicht, wie er sagt. Er hegt Zweifel, dass der vorgeschlagene Außenbereich am Hallenbad überhaupt zu realisieren ist. Auch glaubt er, dass diese Lösung den Bedürfnissen der Bürger nicht gerecht wird. Gerne würde er das Freibad erhalten. Wolfgang Scholten (SPD) bereitet dessen mögliche Schließung arge Bauchschmerzen. Sicherlich mache die Lösung am Hallenbad betriebswirtschaftlich Sinn, aber von vornherein zu sagen, auf das Freibad verzichten zu wollen, das sehe er nicht. Das Freibad sei trotz aller Mängel schön, und wenn die Fläche verkauft wird, trenne sich die Stadt von mehr als Tafelsilber.

Es müssten alle Versuche unternommen werden, beide Bäder zu erhalten. Scholten appelliert, sich jetzt nicht allein auf die Gutachter-Empfehlung zu konzentrieren und der Frage nachzugehen, ob es nicht noch andere Lösungen gibt. Er denkt da etwa an die Möglichkeit, private Investoren mit ins Boot zu holen.

Auch Holger Mrosek, Fraktionssprecher der Grünen, bereitet die mögliche Schließung des Freibades Bauchschmerzen. „Es wäre eine Schande, den Standort einfach aufzugeben." Dies müsse in Ruhe besprochen werden. Er würde sich einen Erhalt wünschen, hofft auf andere Lösungsansätze, kann „realistische" aber zurzeit nicht erkennen. Zu der vom Büro gemachten Empfehlung konnte Mrosek gestern noch nichts sagen. Generell könnten sich die Grünen aber eine Multi-Lösung vorstellen.

Das Fachbüro aus Hamm empfiehlt in seinem Gutachten, das Freibad zu schließen. Foto: Heiko Kempken

WGV-Fraktionsvorsitzender Christian Garden hält Ergebnisse und Empfehlung des Bäderkonzepts für nicht überraschend. Per se sieht er eine Freibad-Schließung nicht, sollte sich aber eine Mehrheit dafür finden – in Politik und Verwaltung gebe es seit Jahren Bestrebungen, die Fläche zu vermarkten und mit Bebauung zu versehen – könne dies nur im Einvernehmen mit dem Förderverein geschehen. Seit Jahren sorge der Verein mit seinem starken Engagement für eine Attraktivitätssteigerung

# gesprochen

ng

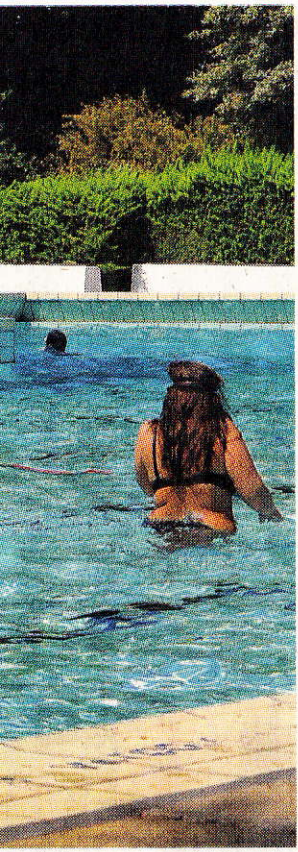

Foto: Heiko Kempken

Einvernehmen mit dem Förderverein geschehen. Seit Jahren sorge der Verein mit seinem starken Engagement für eine Attraktivitätssteigerung des Freibades, gibt Garden zu bedenken.

Während er der Stadt Voerde kein gutes Zeugnis in punkto Bäder-Pflege ausstellt – die Investitionen in dem Bereich nennt er bescheiden – verweist CDU-Fraktionsvorsitzender Hans-Dieter Langenfurth darauf, dass andere Kommunen im „gleichen Dilemma" steckten, auch dort die Versäumnisse der vergangenen 30 Jahre zu Tage kämen. Langenfurth hätte sich gewünscht, dass das Büro keine Empfehlung zur Zukunft der Voerder Bäderlandschaft abgegeben hätte. „Wir fangen an, in einem bestimmten Korsett zu denken", argumentiert er. Ob für ihn eine Freibad-Schließung in Frage kommt oder nicht, ließ er gestern offen, wie er auch zu der vorgelegten Empfehlung keine Stellungnahme abgab.

Langenfurth betonte aber, dass er nichts von „voreiligen Flächenverkäufen" halte. Die Debatte über die Bäder-Zukunft will er in dem Gesamtkontext geführt wissen, welche Prioritäten die finanziell gebeutelte Kommune setzt. Die Bäder seien nicht das einzige Problem, das die Stadt habe, auch im Schul- und Kindergartenbereich stünden Entscheidungen an.